

Sehr geehrter Herr Bundesgeschäftsführer, lieber Norbert!

Es freut uns sehr, dass unsere inhaltlichen Anliegen von der Parteispitze geteilt werden und unsere Initiative als Unterstützung einer klaren sozialdemokratischen Politik in Österreich verstanden wird. Die Erfolge der Bundesregierung im Bereich der vermögensbezogenen Steuern während der letzten Legislaturperiode sowie im Rahmen der bereits umgesetzten Maßnahmen dieses Regierungsprogramms betrachten wir als großen Fortschritt und als Erfolg des SPÖ-Regierungsteams. Die letzten Sparpakete fielen in Österreich dadurch wesentlich geringer aus als in anderen europäischen Ländern was sich positiv auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung ausgewirkt hat. Österreich wurde besser durch die Krise geführt als das Gros der anderen EU-Staaten.

Wir haben jedoch den Eindruck, dass wir durch die HYPO-Belastungen an einem Punkt angelangt sind wo der bisher erfolgreiche Kurs an der Kippe steht. Die ÖVP möchte die Kosten der HYPO über Einsparungen hereinbekommen und wir haben als SPÖ kein Gegenkonzept anzubieten und akzeptieren die Kürzungen. Alle unsere guten Absichten für die Zukunft nützen nichts wenn wir Kürzungen akzeptieren, wie wir das bei der Ganztagschule und der Wohnbauoffensive getan haben. „An ihren Taten sollt ihr sie messen“, sagen sich die Menschen und sie sehen, dass HYPO-Rettung und Bildungskürzungen zeitlich zusammenfallen. Wir können kein striktes „Nein“ zu den Einsparungen sagen, weil die ÖVP vermuten könnte, dass die Regierungsbeteiligung für uns die höchste Priorität hat. Dadurch scheinen wir erpressbar, das spüren die Menschen und verlieren das Vertrauen in der SPÖ. Wir müssen vermitteln, dass unsere politischen Ziele für uns die höchste Priorität haben.

Es stimmt natürlich wie du schreibst, dass die Bankenabgabe nach drei Legislaturperioden ein Aufkommen erreichen wird das in etwa der in unserer Petition vorgeschlagenen Vermögensabgabe entspricht. Damit hätten die Banken die HYPO abbezahlt. Die Kosten der direkten Bankenrettung sind in Österreich aber nur der viel kleinere Anteil der Krisenkosten. Die wesentlichen Krisenkosten entstanden durch die Rezession 2009, mit den entsprechenden Steuerausfällen und den Kosten für Arbeitslosenunterstützungen und Konjunkturpakete. Aus diesen Gründen wurde die Bankenabgabe im Jahr 2010 beschlossen, also lange vor der HYPO-Abwicklung. Nicht die HYPO ist die Krise, sondern die Rekordarbeitslosigkeit sowie die Staatsschulden, die uns das Überschwappen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft eingebracht hat. Die Bankenabgabe und andere vermögensbezogene Steuern haben die Kosten der Krise seit 2009 abgemildert, für die HYPO-Kosten von 2014 haben wir aber noch keine Lösungen für die Finanzierung gefunden.

Du schreibst, die Millionärssteuer ist wesentlicher Bestandteil unserer aufrechten Forderungen als SPÖ. Ob, wann und in welcher Form die Steuerreform mit Vermögenssteuern kommt ist aber unklar. Doch selbst wenn sie kommt, wird sie vermutlich mehr kosten als einspielen weil eine erhebliche Entlastung bei den Arbeitseinkommen nicht 1:1 durch vermögensbezogene Steuern eingebracht werden kann, zumindest sagt die Erfahrung nicht in einer Koalition mit der ÖVP. Überhaupt ist das eventuell ein Thema für 2015 oder 2016, wir schreiben aber 2014 und stehen vor der konkreten Situation Einsparungen mittragen zu müssen, weil wir keine alternativen Finanzierungslösungen haben. Darum haben wir vorgeschlagen die ÖVP mit einer zeitlich begrenzten Vermögensabgabe mit überschaubarem Aufkommen zu konfrontieren, damit die jetzt anstehenden Einsparungen überflüssig werden. Ob aus dieser Abgabe mit zeitlicher Begrenzung und mittlerem Aufkommen im Rahmen der kommenden Steuerreform eine unbegrenzte Steuer mit erheblichem Aufkommen wird, ist eine Frage politischer Auseinandersetzungen ab 2015. Wir unterstützen euch dann gerne wenn es so weit ist, aber wir als SPÖ brauchen jetzt Mittel, um politischen Handlungsspielraum zurückzugewinnen. Wenn die sozialdemokratischen Maßnahmen aus dem Regierungsprogramm der HYPO zum Opfer fallen, ist die Führungsrolle der Sozialdemokratie in Österreich aus unserer Sicht verspielt.

Auch wenn deine Antwort konkret auf unsere Anliegen eingegangen ist und für uns sehr aufschlussreich war möchten wir schon darauf hinweisen, dass wir uns an Regierung und Parlamentsklub gewendet hatten. Der Umstand dass die Bundesgeschäftsstelle für alle sich selbst und die beiden anderen Stellen antwortet ist womöglich auch ein Indiz dafür, dass die Rollenverteilung an der Bundesspitze zu wenig ausdifferenziert ist. Wer vertritt denn eigentlich für die Parteilinie, wenn alle drei Kraftfelder – Regierung, Klub und Partei – die Regierungslinie vertreten? Wie soll so für die Menschen erkennbar sein, was die SPÖ tun würde wenn sie könnte wie sie wollte?

Sektion granum-humanum (SPÖ Linz)
Sektion I in der Josefstadt (SPÖ Wien)
Sektion Wilten (SPÖ Innsbruck)